

juris-Abkürzung:	SGB 11	Quelle:	
Fassung vom:	23.12.2016	FNA:	FNA 860-11
Gültig ab:	01.01.2017		
Gültig bis:	31.12.2017		
Dokumenttyp:	Gesetz		

Sozialgesetzbuch (SGB) - Elftes Buch (XI) - Soziale Pflegeversicherung (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014)
§ 7a Pflegeberatung

(1) ¹Personen, die Leistungen nach diesem Buch erhalten, haben Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch einen Pflegeberater oder eine Pflegeberaterin bei der Auswahl und Inanspruchnahme von bundes- oder landesrechtlich vorgesehenen Sozialleistungen sowie sonstigen Hilfsangeboten, die auf die Unterstützung von Menschen mit Pflege-, Versorgungs- oder Betreuungsbedarf ausgerichtet sind (Pflegeberatung); Anspruchsberechtigten soll durch die Pflegekassen vor der erstmaligen Beratung unverzüglich ein zuständiger Pflegeberater, eine zuständige Pflegeberaterin oder eine sonstige Beratungsstelle benannt werden. ²Für das Verfahren, die Durchführung und die Inhalte der Pflegeberatung sind die Richtlinien nach § 17 Absatz 1a maßgeblich. ³Aufgabe der Pflegeberatung ist es insbesondere,

1. den Hilfebedarf unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung sowie, wenn die nach Satz 1 anspruchsberechtigte Person zustimmt, die Ergebnisse der Beratung in der eigenen Häuslichkeit nach § 37 Absatz 3 systematisch zu erfassen und zu analysieren,
2. einen individuellen Versorgungsplan mit den im Einzelfall erforderlichen Sozialleistungen und gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen oder sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfen zu erstellen,
3. auf die für die Durchführung des Versorgungsplans erforderlichen Maßnahmen einschließlich deren Genehmigung durch den jeweiligen Leistungsträger hinzuwirken,
4. die Durchführung des Versorgungsplans zu überwachen und erforderlichenfalls einer veränderten Bedarfslage anzupassen,
5. bei besonders komplexen Fallgestaltungen den Hilfeprozess auszuwerten und zu dokumentieren sowie
6. über Leistungen zur Entlastung der Pflegepersonen zu informieren.

⁴Der Versorgungsplan wird nach Maßgabe der Richtlinien nach § 17 Absatz 1a erstellt und umgesetzt; er beinhaltet insbesondere Empfehlungen zu den im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen nach Satz 3 Nummer 3, Hinweise zu dem dazu vorhandenen örtlichen Leistungsangebot sowie zur Überprüfung und Anpassung der empfohlenen Maßnahmen. ⁵Bei Erstellung und Umsetzung des Versorgungsplans ist Einvernehmen mit dem Hilfesuchenden und allen an der Pflege, Versorgung und Betreuung Beteiligten anzustreben. ⁶Soweit Leistungen nach sonstigen bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften erforderlich sind, sind die zuständigen Leistungsträger frühzeitig mit dem Ziel der Abstimmung einzubeziehen. ⁷Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Koordinierungsstellen, insbesondere den gemeinsamen Servicestellen nach § 23 des Neunten Buches, ist sicherzustellen. ⁸Ihnen obliegende Aufgaben der Pflegeberatung können die Pflegekassen ganz oder teilweise auf Dritte übertragen; § 80 des Zehnten Buches bleibt unberührt. ⁹Ein Anspruch auf Pflegeberatung besteht auch dann, wenn ein Antrag auf Leistungen nach diesem Buch gestellt wurde und erkennbar ein Hilfe- und Beratungsbedarf besteht. ¹⁰Es ist sicherzustellen,

dass im jeweiligen Pflegestützpunkt nach § 7c Pflegeberatung im Sinne dieser Vorschrift in Anspruch genommen werden kann und die Unabhängigkeit der Beratung gewährleistet ist.

(2) ¹Auf Wunsch einer anspruchsberechtigten Person nach Absatz 1 Satz 1 erfolgt die Pflegeberatung auch gegenüber ihren Angehörigen oder weiteren Personen oder unter deren Einbeziehung. ²Sie erfolgt auf Wunsch einer anspruchsberechtigten Person nach Absatz 1 Satz 1 in der häuslichen Umgebung oder in der Einrichtung, in der diese Person lebt. ³Ein Versicherter kann einen Leistungsantrag nach diesem oder dem Fünften Buch auch gegenüber dem Pflegeberater oder der Pflegeberaterin stellen. ⁴Der Antrag ist unverzüglich der zuständigen Pflege- oder Krankenkasse zu übermitteln, die den Leistungsbescheid unverzüglich dem Antragsteller und zeitgleich dem Pflegeberater oder der Pflegeberaterin zuleitet.

(3) ¹Die Anzahl von Pflegeberatern und Pflegeberaterinnen ist so zu bemessen, dass die Aufgaben nach Absatz 1 im Interesse der Hilfesuchenden zeitnah und umfassend wahrgenommen werden können. ²Die Pflegekassen setzen für die persönliche Beratung und Betreuung durch Pflegeberater und Pflegeberaterinnen entsprechend qualifiziertes Personal ein, insbesondere Pflegefachkräfte, Sozialversicherungsfachangestellte oder Sozialarbeiter mit der jeweils erforderlichen Zusatzqualifikation. ³Der Spitzenverband Bund der Pflegekassen gibt unter Beteiligung der in § 17 Absatz 1a Satz 2 genannten Parteien bis zum 31. Juli 2018 Empfehlungen zur erforderlichen Anzahl, Qualifikation und Fortbildung von Pflegeberaterinnen und Pflegeberatern ab.

(4) ¹Die Pflegekassen im Land haben Pflegeberater und Pflegeberaterinnen zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung in den Pflegestützpunkten nach Anzahl und örtlicher Zuständigkeit aufeinander abgestimmt bereitzustellen und hierüber einheitlich und gemeinsam Vereinbarungen zu treffen. ²Die Pflegekassen können diese Aufgabe auf die Landesverbände der Pflegekassen übertragen. ³Kommt eine Einigung bis zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt ganz oder teilweise nicht zustande, haben die Landesverbände der Pflegekassen innerhalb eines Monats zu entscheiden; § 81 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Die Pflegekassen und die gesetzlichen Krankenkassen können zur Aufgabenwahrnehmung durch Pflegeberater und Pflegeberaterinnen von der Möglichkeit der Beauftragung nach Maßgabe der §§ 88 bis 92 des Zehnten Buches Gebrauch machen; § 94 Absatz 1 Nummer 8 gilt entsprechend. ⁵Die durch die Tätigkeit von Pflegeberatern und Pflegeberaterinnen entstehenden Aufwendungen werden von den Pflegekassen getragen und zur Hälfte auf die Verwaltungskostenpauschale nach § 46 Abs. 3 Satz 1 angerechnet.

(5) ¹Zur Durchführung der Pflegeberatung können die privaten Versicherungsunternehmen, die die private Pflege-Pflichtversicherung durchführen, Pflegeberater und Pflegeberaterinnen der Pflegekassen für die bei ihnen versicherten Personen nutzen. ²Dies setzt eine vertragliche Vereinbarung mit den Pflegekassen über Art, Inhalt und Umfang der Inanspruchnahme sowie über die Vergütung der hierfür je Fall entstehenden Aufwendungen voraus. ³Soweit Vereinbarungen mit den Pflegekassen nicht zustande kommen, können die privaten Versicherungsunternehmen, die die private Pflege-Pflichtversicherung durchführen, untereinander Vereinbarungen über eine abgestimmte Bereitstellung von Pflegeberatern und Pflegeberaterinnen treffen.

(6) Pflegeberater und Pflegeberaterinnen sowie sonstige mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach Absatz 1 befasste Stellen, insbesondere

1. nach Landesrecht für die wohnortnahe Betreuung im Rahmen der örtlichen Altenhilfe und für die Gewährung der Hilfe zur Pflege nach dem Zwölften Buch zu bestimmende Stellen,
2. Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung,
3. Pflegeeinrichtungen und Einzelpersonen nach § 77,
4. Mitglieder von Selbsthilfegruppen, ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen und Organisationen sowie
5. Agenturen für Arbeit und Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende,

dürfen Sozialdaten für Zwecke der Pflegeberatung nur erheben, verarbeiten und nutzen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlich oder durch Rechtsvorschriften des Sozialgesetz-

buches oder Regelungen des Versicherungsvertrags- oder des Versicherungsaufsichtsgesetzes angeordnet oder erlaubt ist.

(7) ¹Die Landesverbände der Pflegekassen vereinbaren gemeinsam und einheitlich mit dem Verband der privaten Krankenversicherung e. V., den nach Landesrecht bestimmten Stellen für die wohnortnahe Betreuung im Rahmen der Altenhilfe und den zuständigen Trägern der Sozialhilfe sowie mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene Rahmenverträge über die Zusammenarbeit in der Beratung. ²Zu den Verträgen nach Satz 1 sind die Verbände der Träger weiterer nicht gewerblicher Beratungsstellen auf Landesebene anzuhören, die für die Beratung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen von Bedeutung sind.

(8) Die Pflegekassen können sich zur Wahrnehmung ihrer Beratungsaufgaben nach diesem Buch aus ihren Verwaltungsmitteln an der Finanzierung und arbeitsteiligen Organisation von Beratungsaufgaben anderer Träger beteiligen; die Neutralität und Unabhängigkeit der Beratung sind zu gewährleisten.

(9) ¹Der Spitzenverband Bund der Pflegekassen legt dem Bundesministerium für Gesundheit alle drei Jahre, erstmals zum 30. Juni 2020, einen unter wissenschaftlicher Begleitung zu erstellenden Bericht vor über

1. die Erfahrungen und Weiterentwicklung der Pflegeberatung und Pflegeberatungsstrukturen nach den Absätzen 1 bis 4, 7 und 8, § 7b Absatz 1 und 2 und § 7c und
2. die Durchführung, Ergebnisse und Wirkungen der Beratung in der eigenen Häuslichkeit sowie die Fortentwicklung der Beratungsstrukturen nach § 37 Absatz 3 bis 8.

²Er kann hierfür Mittel nach § 8 Absatz 3 einsetzen.

Weitere Fassungen dieser Norm

§ 7a SGB 11, vom 23.12.2016, gültig ab 01.01.2018

§ 7a SGB 11, vom 21.12.2015, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016

§ 7a SGB 11, vom 28.05.2008, gültig ab 01.07.2008 bis 31.12.2015

§ 7a SGB 11 wird von folgenden Dokumenten zitiert

Rechtsprechung

Bayerisches Landessozialgericht 2. Senat, 3. Mai 2012, Az: L 2 P 6/12 B ER
OVG Lüneburg 4. Senat, 12. April 2000, Az: 4 L 35/00

Gesetze Bundesrecht

§ 11 SGB 5, gültig ab 01.01.2018

§ 28 SGB 11, gültig ab 01.01.2018

§ 46 SGB 11, gültig ab 01.01.2018 bis (gegenstandslos)

§ 46 SGB 11, gültig ab 01.01.2018

§ 46 SGB 11, gültig ab 01.03.2017 bis 31.12.2017

§ 11 SGB 5, gültig ab 01.01.2017 bis 31.12.2017

§ 37 BBhV, gültig ab 01.01.2017

§ 7 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 7 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 12 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 17 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 18 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 28 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis 31.12.2017

§ 37 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 37 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 94 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 94 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 7b SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 28a SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 28a SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 17 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 18 SGB 11, gültig ab 01.01.2017 bis (gegenstandslos)

§ 18 SGB 11, gültig ab 01.01.2017

§ 17 SGB 11, gültig ab 01.11.2016 bis 31.12.2016
§ 7 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016
§ 12 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016
§ 17 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.10.2016
§ 37 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016
§ 46 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 28.02.2017
§ 94 SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016
§ 7b SGB 11, gültig ab 01.01.2016 bis 31.12.2016
§ 39b SGB 5, gültig ab 08.12.2015
§ 28 SGB 11, gültig ab 08.12.2015 bis 31.12.2016
§ 11 SGB 5, gültig ab 25.07.2015 bis 31.12.2016
§ 11 SGB 5, gültig ab 23.07.2015 bis 24.07.2015
§ 37 BBhV, gültig ab 06.06.2015 bis 31.12.2016
§ 7 SGB 11, gültig ab 01.01.2015 bis 31.12.2015
§ 28 SGB 11, gültig ab 01.01.2015 bis (gegenstandslos)
§ 28 SGB 11, gültig ab 01.01.2015 bis 07.12.2015
§ 37 SGB 11, gültig ab 01.01.2015 bis 31.12.2015
§ 46 SGB 11, gültig ab 01.01.2015 bis 31.12.2015
§ 37 BBhV, gültig ab 26.07.2014 bis 05.06.2015
§ 37 BBhV, gültig ab 01.01.2013 bis 25.07.2014
§ 28 SGB 11, gültig ab 01.01.2013 bis 31.12.2014
§ 11 SGB 5, gültig ab 28.12.2012 bis 22.07.2015
§ 11 SGB 5, gültig ab 30.10.2012 bis 27.12.2012
§ 7 SGB 11, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2014
§ 28 SGB 11, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2012
§ 37 SGB 11, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2014
§ 46 SGB 11, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2014

Dies sind die aktuellsten 50 zitierenden Gesetze

Gesetze Landesrecht

Baden-Württemberg

§ 9a BVO, gültig ab 01.01.2017
§ 9 BVO, gültig ab 01.07.2015 bis 31.12.2016
§ 9 BVO, gültig ab 01.01.2015 bis 30.06.2015
§ 9 BVO, gültig ab 01.04.2014 bis 31.12.2014
§ 9 BVO, gültig ab 01.01.2013 bis 31.03.2014
§ 9 BVO, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2012
§ 9 BVO, gültig ab 01.01.2011 bis 29.10.2012
§ 9 BVO, gültig ab 01.07.2008 bis 31.12.2010

Bayern

§ 31 BayBhV, gültig ab 01.10.2014
§ 31 BayBhV, gültig ab 01.05.2009 bis 30.09.2014

Berlin

§ 37 LBhVO, gültig ab 21.01.2017
§ 37 LBhVO, gültig ab 01.01.2010 bis 20.01.2017

Bremen

§ 4a BremBVO, gültig ab 06.12.2013

Hamburg

§ 3 HmbPEVO, gültig ab 12.01.2011 bis 31.07.2016

Hessen

§ 9 HBeihVO, gültig ab 01.11.2015

Niedersachsen

§ 32 NBhVO, gültig ab 01.08.2013

Nordrhein-Westfalen

§ 5 BVO NRW, gültig ab 01.01.2017
§ 5 BVO NRW, gültig ab 01.01.2015 bis 31.12.2016
§ 5 BVO NRW, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2014
§ 5 BVO NRW, gültig ab 01.04.2009 bis 29.10.2012

Rheinland-Pfalz

§ 2 LPflegeASGDVO, gültig ab 01.01.2017
§ 5 LPflegeASG, gültig ab 01.01.2017

§ 42a BVO, gültig ab 01.01.2015
§ 42a BVO, gültig ab 01.10.2014 bis 31.12.2014

Saarland

§ 6 BhVO, gültig ab 01.01.2009

Sachsen

§ 48 SächsBhVO, gültig ab 24.03.2016 bis 24.03.2016
§ 48 SächsBhVO, gültig ab 24.03.2016
§ 48 SächsBhVO, gültig ab 29.10.2014 bis 23.03.2016
§ 48 SächsBhVO, gültig ab 25.12.2013 bis 28.10.2014
§ 48 SächsBhVO, gültig ab 01.01.2013 bis 24.12.2013
§ 18 SächsBhVO, gültig ab 01.07.2008 bis 31.12.2012

Schleswig-Holstein

§ 12 BhVO, gültig ab 23.12.2016 bis 22.12.2021
§ 12 BhVO, gültig ab 25.05.2016 bis 22.12.2016
§ 12 BhVO, gültig ab 30.07.2010 bis 24.05.2016

Thüringen

§ 30 ThürBhV, gültig ab 01.01.2015
§ 30 ThürBhV, gültig ab 30.10.2012 bis 31.12.2014
§ 30 ThürBhV, gültig ab 01.07.2012 bis 29.10.2012

Verwaltungsvorschriften des Bundes / von Bundesverbänden

GKV-Spitzenverband, gültig ab 17.04.2013

Verwaltungsvorschriften der Länder / von Landesverbänden

Niedersachsen

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Niedersachsen, 303.1-43735 01

Literaturnachweise

Peter Udsching, jurisPR-SozR 6/2016 Anm 1
Hauke Christian Wiese, Die Einbindung von Gesundheitsberufen in die gesundheitssozialrechtlichen ..., 2016 (Dissertation, Monographie)
Bettina am Orde, Dieter Castrup, Stefan Hörter, Ines Rückhardt, Andreas Wöhler, Maria Stoll, Kompass/KBS 2016, Nr 9/10, 3-10
Stefan Schmidt, Steffi Kraehmer, SozArb 2016, 409-414
Thomas Klie, JbchristlSozwiss 57, 127-142 (2016)
Marko Urban, GuP 2016, 212-218
Armin Lang, Vorsitzender des Bundesausschusses und Landesvorsitzender des Sozialverbandes VdK Saarland, Welt der Krankenversicherung 2016, 300-303
Andreas Teubner, PflR 2016, 3-14
ohne Angabe, SozSich 2016, 27
Hendrik Steven, GdS 2016, Nr 1/2, 16-17
Roland Schmidt, BIWohlfPfl 2016, 3-5
Horst Marburger, SuP 2016, 71-81
Andreas Büscher, Claudia Oetting-Roß, Daniela Sulmann, G+G Beilage Spezial 2016, Nr 3, 10-11
Sonja Reimer, SGB 2016, 252-259
Dagmara Rymarczyk, ZFSH/SGB 2016, 419-421
Joerg Schefels, MEDSACH 2016, 226-230
Edna Rasch, Sabine Wendt, Richtig begutachten - gerecht beurteilen, 2015 (Monographie)
Edna Rasch, SozSich 2015, 62-66
Gerhard Dalichau, GuP 2015, 61-72
Ursula Waßer, KrV 2015, 89-96
Irene Vorholz, Landkreis 2015, 335-337
Edna Rasch, RdLH 2015, 128
ohne Angabe, PFLEGEN 2015, Nr 3, 4
Utz Kraehmer, ZFSH/SGB 2015, 486-488
ohne Angabe, NDV 2015, 561-570
Christina Schulte, Kompass/KBS 2015, Nr 11/12, 3-12
Friederike Hoffmeister, Cornelius Hille, NJW 2015, 3753-3757
Thorsten Siefarth, PKR 2015, 93-97
Horst Marburger, SuP 2015, 207-218
Florian Reuther, Steuerung der Versorgung 2014, 111-128 (CW Haarfeld, Hürth)

Knut Dannat, Franz Dillmann, Behindertenrecht 2014, 26-42
Ingrid Kollak, Stefan, MSc, wiss Mitarbeiter im Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg Schmidt, SozArb 2014, 2-8
Dirk Wünnemann, SozSich 2014, 110-113
Horst Marburger, Behindertenrecht 2014, 101
Beate Blättner, Anna Grundel, Rebekka Hoher, Henny Annette Grewe, Leiterin des Projekts "Safer Care" Professur für medizinische Grundlagen der Pflege an der Hochschule Fulda, SozSich 2014, 301-308
Heike Graf-Böhm, SozSich 2014, 309-314
Peter Udsching, JbSozR 35, 221-234 (2014)
Herbert Rebscher, FfG 2014, Nr 3/4, 46-49
Rainer Schlegel, jurisPR-SozR 3/2013 Anm 1
Claudia Beetz, Stellvertretung als Instrument der Sicherung und Stärkung der Patientenautonomie, 2013 (Dissertation, Monographie)
Andreas Heiber, Das SGB XI - Beratungshandbuch, 2013 (Monographie)
Selina Deppe, Case Management im Gesundheitswesen, 2013 (Monographie)
Joachim Sarnowski, BKK 2013, 38-42
Ulrich Becker, SGB 2013, 123-127
Marie-Madeleine Tall, Rita Kessels, WzS 2013, 74-77
Marie-Madeleine Tall, Rita Kessels, WzS 2013, 111-114
Utz Kraemer, Heike Nordmann, ZFSH/SGB 2013, 193-200
Gottfried Krutzki, Sozialrecht - Tradition und Zukunft 2013, 185-204 (Boorberg, Stuttgart)
Rainer Pitschas, ZRP 2013, 137-139
Rainer Pitschas, SGB 2013, 500-506

Dies sind die aktuellsten 50 zitierenden Literaturnachweise

Dieses Gesetz wurde von 4 Normen geändert

BTHG, gültig ab 01.01.2018
PSG III, gültig ab 01.01.2017
PSG II, gültig ab 01.01.2016
PflegeWEG, gültig ab 01.07.2008

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH